

Presseinformation

Kiel, den 26.02.2026

Es gilt das gesprochene Wort

Michael Schunck

TOP 36 Bericht zu Essstörungen in Schleswig-Holstein
Drs. 20/4089

„Aufgrund der Komplexität einer Essstörung müssen Betroffene multiprofessionell und von echten Spezialisten beraten und behandelt werden. Aber eine Anlaufstelle, an der spezialisierte Ärzte, Therapeutinnen, Ökotrophologen und weitere Fachrichtungen ganzheitlich behandeln, gibt es gar nicht.“

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Essstörungen gelten als relativ seltene Erkrankung. Nur 4-8% der Bevölkerung in Deutschland sind von Anorexie, Bulimie oder Binge-Eating betroffen. Allerdings leidet jede dritte Jugendliche, also 34 % der 14–17-Jährigen, unter einer dieser oft sehr schweren psychischen Störungen, die durch eine ganze Reihe komplexer Faktoren verursacht werden können. Neben genetischen und stoffwechselbedingten Ursachen sind vor allem psychische oder soziologische Gründe für die Auslösung einer Essstörung zu nennen. Dies macht eine individuelle Behandlung komplex und bedarf daher viel Geduld und Sensibilität für die betroffene Person. Je nach Schweregrad kann eine ambulante therapeutische oder tagesklinische Behandlung notwendig sein. In akuten Fällen sind sogar stationäre Aufenthalte nötig, um das Leben der Betroffenen buchstäblich zu retten.

Tatsache ist, dass die Komplexität von Essstörungen auch sehr komplexe Hilfsangebote erfordert, was im vorliegenden Bericht auch recht deutlich identifiziert worden ist. Aber auch wenn, wie mehrfach im Bericht betont wird, es zahlenmäßig insgesamt nur wenige Menschen betrifft, halte ich die heutige Debatte zu diesem Thema für sehr wichtig. Denn, sind wir mal ehrlich, jede dritte Jugendliche ist nun wirklich kein Pappenstein. Und leider bleibt trotz vieler Hilfsangebote gerade ihre Zahl seit vielen Jahren unverändert. Mehr noch, deutet einiges auf eine hohe Dunkelziffer hin, in der sich viele, oft junge Menschen an der Grenze zu einer Essstörung bewegen und damit aus dem Raster einer Diagnose herausfallen.

Vor diesem Hintergrund ist es, denke ich, dringend geboten, dass wir uns stärker mit dem Thema Essstörungen beschäftigen und hierfür die Politik und die Gesellschaft sensibilisieren. Denn so ernst diese Erkrankungen auch sind: Wenn sie frühzeitig erkannt und behandelt werden, gibt es gute Heilungschancen.

So sinnvoll die Initiative der FDP war und so umfassend der Bericht auch ist, lässt sich feststellen, dass es trotz eines vielfältigen Angebots an konkreten Behandlungsmöglichkeiten fehlt. Auf 20 Seiten wird wirklich alles an Hilfestrukturen aufgezählt, was auch nur ansatzweise für eine Behandlung infrage kommt. Von verschiedenen ärztlichen Fachgruppen und Therapeuten über voll- und teilstationäre Angebote, psychosoziale und offene psychische Hilfen bis hin zu Suchtberatung und Selbsthilfe. Das ist natürlich eine beeindruckende Angebotsvielfalt.

Was aber leider kaum deutlich wird, ist die Tatsache, dass viele diese Angebote nur begrenzt oder auch gar nicht zur Verfügung stehen. Denn wenn es um fachgerechte Beratung geht, müssen Menschen mit Essstörungen oft wochen- oder monatelang warten. Gleiches gilt für entsprechende Therapieplätze.

Und die im Bericht aufgeführten kommunalen Suchtberatungsstellen haben weit überwiegend einen ganz anderen Auftrag. Sie verweisen mangels Zuständigkeit zu Recht auf vereinzelte, spezialisierte Beratungsangebote. Die arbeiten aber auch schon dauerhaft an ihren Belastungsgrenzen.

Und ähnliches gilt für die aufgezählten Präventionsprojekte für junge Menschen: Denn die haben zwar im weitesten Sinne was mit psychischer Gesundheit zu tun und sind auch gut und richtig. Aber aus fachlicher Sicht gehört viel Fantasie dazu, um sie als zielgerichtete Maßnahmen zur Prävention von Essstörungen zu werten.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen,

spätestens wenn wir das so wichtige familiäre Umfeld um Menschen mit Essstörungen in den Blick nehmen, wird es doch deutlich: Streng genommen gibt es kein Angebot, das sich explizit an Angehörige richtet. Prävention findet nicht wirklich zielgerichtet statt. Erkrankte mit Beratungs- oder Therapiebedarf müssen oft deutlich zu lange warten und mitunter über 100 Kilometer fahren, um versorgt zu werden. Noch dazu legen uns wissenschaftlichen Erkenntnisse eines besonders nahe: Aufgrund der Komplexität einer Essstörung müssen Betroffene multiprofessionell und von echten Spezialisten beraten und behandelt werden. Aber eine Anlaufstelle, an der spezialisierte Ärzte, Therapeutinnen, Ökotrophologen und weitere Fachrichtungen ganzheitlich behandeln, gibt es gar nicht. Auch entsprechende Netzwerke, die laut Expertenmeinung enorm wichtig sind, sucht man vergeblich.

Wenn wir auf die Gesamtsituation schauen, dann lässt sich klar sagen, dass wir noch weit von einer adäquaten Versorgung entfernt sind. Dabei gibt es ja all diese Fachleute mit ihren individuellen Expertisen. Und zu den Themen Multiprofessionalität und Vernetzung gibt es gute und kostengünstige Ideen. Was unter dem Strich bleibt, kann doch nur ein gemeinsamer politischer Wille sein, um eine effektivere Prävention und bessere Versorgung sicherzustellen,

damit in Zukunft eben nicht mehr ein Drittel aller Jugendlichen potenziell von einer Essstörung betroffen sein werden.

Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek/>